

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

236 (12.10.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Größere Anzeigen nach Vereinbarung. Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Größere Anzeigen nach Vereinbarung. Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Größere Anzeigen nach Vereinbarung.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,00 Mark o. Einjahrespreis 10 Pfennig o. Größere nach Vereinbarung. Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Größere Anzeigen nach Vereinbarung.

Nummer 236

Karlsruhe, Montag, den 12. Oktober 1931

51. Jahrgang

Die Reaktionsmeute in Harzburg

Das Ziel der Reaktion: Reichsregierung soll gestürzt, Reichstag aufgelöst und die Polizeikostenzuschüsse an Preußen eingestellt werden - Wiederaufrichtung einer Herrschaft von Junkern und Schlotbaronen und Herbeiführung der Inflation

Die Nazis verraten die Arbeiterschaft

Karlsruhe, 12. Oktober.

Vom ganzen Kummel, der sich am gestrigen Sonntag in Harzburg abgelebt hat, sind vor allem drei Dinge zu erwähnen, die die Reaktionen der „nationalen Opposition“ über die politische und soziale Reaktion der Junker und Schlotbarone gipfeln. Sie sprechen eine deutliche Sprache. Der Wahtrauensantrag gegenüber der Reichsregierung bedeutet die Forderung, an Stelle der jetzigen Reichsregierung ein ausgesprochen sozialreaktionäres, faschistisches Kabinett zu setzen. Die Forderung auf Auflösung des Reichstags und Ausschreibung von Neuwahlen am 8. November bedeutet die Forderung, die durch die Wirtschaftskrise heute vorhandene Depression im deutschen Volke auszunutzen, einen Reichstag herbeizuführen, in dem die reaktionären Mächte zum ausschlaggebenden Faktor gemacht werden, damit dann an Stelle der heutigen Republik ein faschistisches Regiment von Junkern und Schwerindustriellen aufgestellt wird. Der Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen bedeutet teils eine Theatergeste, teils einen Ansturm gegen die Einschränkungen, die gegenüber dem Terrorregime der nationalen Verbände gemacht worden sind. Der Antrag auf Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen schließlich spricht eine deutliche Sprache, indem er bekundet, daß es den reaktionären Herrschaften vor allem darum zu tun ist, die republikanische Regierung in Preußen zu beseitigen, um damit das Heft nicht nur von Preußen, sondern von ganz Deutschland zurückzubekommen.

Genau so wichtig wie die Forderungen der „Harzburger“ sind jedoch die Hintergründe. Sie lassen erkennen, um was gespielt wird. Mit Recht wird gegenüber dem verheerenden Treiben des nun vom Reichspräsidenten empfangenen Herrn Hitler der Deutsche, das Organ der christlichen Gewerkschaften, die Frage auf:

1. Herr Hitler, haben Sie Schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind?
2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Harz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerstückeln?
3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich in sozialreaktionären Arbeitsgemeinschaften mit Geld unterstützen läßt?

Durch den Kreis der in Harzburg zusammengelassenen Herrschaften hat Herr Hitler bereits bekundet, wo er steht. Er ist die Reize der reaktionären Meute, die diesen Mann braucht, um die Rechte zu zerstückeln, welche sich das arbeitende Volk in jahrzehntelangen Kämpfen erkämpft hat. Das Ziel ist jedoch noch ein anderes. Die Herren wollen schnell an die Regierung. Sie wollen und brauchen die Inflation. Aus zwei Gründen: 1. Auf diese Weise werden sie schnell ihre Schulden los und 2. glauben sie dadurch die Arbeiterschaft, Angestellten und Beamten mit Hungerlöhnen abzuschleifen, derweil sie in die Schwärze flüchten. Diese Reizung zu inflationistischem Treiben hat dieser Tage nicht nur der Graf Kaldenkreuth ausgesprochen, sondern ist bekräftigt worden durch eine sensationelle Veröffentlichung der Frankfurter Zeitung, welche in der Lage ist, einen Brief aus der Umklekabine eines der an Harzburg beteiligten Schwerindustriellen zu veröffentlichen, in dem es u. a. heißt:

„Die weltliche Industrie wird sich in Bad Harzburg verbreiten lassen und vertritt gleichzeitig in ihren Zeitungen von denen sie einen umfangreicheren Besitz hat, als der Öffentlichkeit bekannt ist, die Propaganda gegen ein solches Kabinett Brünna. Sie hofft, daß es nicht schwer sein wird, der Einigungsformel von Harzburg den Inflationsschub einzufügen. Hugenberg, der auf hohen Schulden sitzt, ist ohnehin dafür, ebenfalls die Leistung des Reichsstandbundes. Die Geldtheorie der Nationalsozialisten kommt diesen Wünschen entgegen, weil sie konfus und vordringlich ist. Die alten Offiziere endlich verstehen zu wenig von Geldwesen, um die Gefahren für ihre Pension zu sehen. Ein Teil hofft auch, bei der sogenannten Aufrückung wieder in den aktiven Dienst treten zu können. Das ist übrigens eine falsche Hoffnung; denn Hugenberg und seine Freunde bei uns haben die feste Absicht, sich mit Frankreich (auf geschäftlicher Basis) zu verhandeln und außenpolitisch länger zu treten als die Regierung Brünna.“

Das Hauptziel der Tagung von Harzburg besteht darin, festzustellen, wie man zur Inflation gelangen kann und wie der Klassenkampf gegen Arbeiterschaft und Sparer zu führen ist. Gelangt die Herbeiführung der Inflation durch ein Kabinett Hugenberg nicht, so hofft man wenigstens in den Industriekreisen, durch publizistischen Pessimismus eine neue Bankentzweiung und von dieser Seite her dann den Zusammenbruch des Geldwesens herbeiführen zu können.“

Wehr als lange Kommentare spricht diese Enthüllung, um was es in Harzburg gegangen ist. Das Deutsche Reich und das „nationale“ Wohl spielen in der früheren Aufmachung zwar eine große Rolle; innerlich denken jedoch die Herren Schwerindustriellen und

Junker, die da in Harzburg versammelt waren, an ihren Profit und die Theaterrequisiten des Herrn Hitler sind ihnen gerade gut genug, das Spiel durchzuführen. Den ehemals herrschenden Klassen handelt es sich darum, wieder zur Macht zu kommen und das deutsche Volk soll die Bege der Reaktionsmeute geben. In Harzburg hat sich ein historisches Kapitel des Klassenkampfes abgelehrt. Die Worte galten Karl Marx. In Wirklichkeit wurde jedoch auch dort in Klassenkampf gemacht; allerdings ein Klassenkampf von oben nach unten. Die Reaktion hat das deutsche Volk durch Betreden befohlen gemacht. Nun löst sie zum Angriff auf die Volkstreppe vor. Wird er ihr gelingen?

Der Bericht von Harzburg

Harzburg, 12. Okt. (Funk.) Die Harzburger Tagung des Blochs der vereinten Reaktion fand ihren Abschluß mit einem Krach zwischen Stahlhelm und SA. Mit zahlreichen, zum Teil sehr blöden Reden und der Annahme einer Entschließung. Für ersteren Antrag lautet: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen“, der zweite, der Reichspräsident wird erlucht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auf Sonntag, den 8. November, anzuberaumen. Der dritte Antrag bewog die Aufhebung der Notverordnungen, der vierte verlangt, daß die Zahlung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen mit dem 31. Oktober eingestellt wird.

Die Entschließung endet: „Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten v. Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklichen nationalen Regierung einen Kurswechsel herbeiführt.“

Das Charakteristikum der Tagung bildete die Anwesenheit zahlreicher Hörsaalprinzen, vieler abgetakelter Generale und anderer Pensionäre der Republik, Schwerindustrieller und sonstiger Träger gräßlicher Namen und reaktionärer Gedanken. Sie fanden sich zum großen Teil schon am Samstag in Harzburg ein, um das „Ereignis“ abends bei zahlreichen guten Flaschen festlich zu begehen.

Hugenberg's Telegraphen-Union verbreitet eine Namensliste der prominenten Teilnehmer an der Harzburger Tagung. Die Liste ist lehrreich, sie zeigt das Gesicht der sogenannten „nationalen Opposition“. Wir geben diese Liste im folgenden wieder:

1. Die politischen Drahtzieher: Hugenberg, Hitler, Sedde, Duesterberg, Dr. Schacht.
2. Die Unbedingten: Justizrat Dr. Clah, von Vietinghoff-Scheel, Justizrat Dahn, Graf Brodendorf und Landrat von Verbera.
3. Die rechtsradikalen Minister: Minister Rüdenhal und Minister Klages aus Braunschweig, Finanzminister Dehlinger-Württemberg, Justizminister Günter-Bavern, Ministerpräsident Eichenburg-Mecklenburg.
4. Karrierer: Freiherr von Gahl, Dr. Wendhausen, von Sobel, Sieber, die Präsidenten Reibae und Lind, Direktor von Kriegsheim, Direktor von Wansgenheim, von Münchhausen, von Helmholz-Hessen.
5. Scharfmacher, Generaldirektoren, Aufsichtsräte: Dr. Ing. Brandt, Dr. Schlenker, Generaldirektor Müller, Geheimrat Kreth, Generaldirektor Goltstein, Direktor Große, Ministerialdirektor Reudenbauer, Direktor Graf, Dr. Klant, Dr. Grauert, Geheimrat Rossmann, Generaldirektor Heubst, Generaldirektor Widdendorf, Binnader, Helm-Damburg, Krieger-Untershalb, Geheimrat Rappene, Paul Rhode, Geheimrat Böhringer Reineder-Emmich, Dr. Regendans, Büttenredakteur Cubber, Dr. Sogemaier, Dr. Meesmann-Mains, Delius-Bielefeld.
6. Generale und kaiserliche Exzellenzen: Generaloberst v. Einem, General von Gallwitz, von Suttier, Kühne, Generalleutnant Raechter, General Woellwarth, von Falkenhausen, Admiral von Trotha, Graf von der Goltz, General Haupt, Generalmajor Wolf von Wülffingen, Admiral von Kenebow, General von Dommus, von Behrendt, von Lüttich, von Moelch, Generalleutnant Ziehm, Generaloberst von Seck.
7. Prinzen und Fürsten: Prinz Eitel Friedrich, Prinz Lippe, Fürst zu Salm-Horstmar.
8. Die Besitzenden: Professor Schulze-Naumburg, Präsident de Werth-Dannover, Dr. Stadler-Berlin, Dr. Krudenberg, Generalmajor Göttrich, von Morosowits, von Egan-Krieger, Direktor Nord, von Bülow-Schwante, Minister Jänisch, Professor Dr. Koch-Damburg, Schmidt-Lübke, Verlagsdirektor, Meyer-Deimold, Sieger-Emmich, Herrfurth-Weimar, Hoflehrer-Hm. Dr. Dahn-Berlin, Reichsrat Braunschweig, Verlagsdirektor, Meyer-Deimold, Professor Rumbt, Geheimrat Lubarich, von Berenberg-Göhrer, von Bredt-Groß-Ganzen, Ministerialrat Kammer, Oberleutnant von Seidmann-Dannover, Frau Ilse Daniel, Demmed-Lübke-

scheid, Oberst von Thae, Reichstagsabgeordneter Sachsenberg, Dr. Wiethaus, Generaldirektor Hald, Freiherr von Münch, Graf Reventlow, Kapitän Hinkmann.

Das ist das wahre Gesicht der Einheitsfront gegen das deutsche arbeitende Volk!

Am Vormittag des Sonntag fand zunächst eine Sitzung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion statt, in der Abgeordneter Reich über die Bedeutung der Harzburger Tagung sprach. Er erklärte ansehnend im Hinblick auf die in der nationalsozialistischen Partei gegen die Harzburger Tagung und das Zusammengehen mit den Deutschnationalen bestehende Opposition, daß auch Mussolini zunächst durch eine Koalitionsregierung an die Macht gekommen sei und wenige Wochen später allein regiert habe. Es werde aber auch in Deutschland dahin kommen, daß die Nationalsozialisten schließlich allein regierten. Von dem Besuch Hitlers bei Hindenburg sei zu erhoffen, daß man bald in der Lage sein werde, die Früchte dieses Besuchs zu erkennen.

Während der Sitzung erschien Hitler, der eine Erklärung verlas, in der er dem „Marxismus schärfsten Kampf“ ansetzte und mit dem Volkswirtschaftsred operierte. In dem außenpolitischen Teil erklärte Hitler seine Bereitschaft zur Erfüllung jeder nicht politischen finanziellen Verpflichtung, die wir als Kaufmann zum Kaufmann aufgenommen haben.

Nachmittags fand ein Helgottesdienst statt, an dem etwa 3000 Stahlhelmer und 300 Nazis teilnahmen. Beim Abmarsch von der Festhalle kam es zu einem Krach zwischen Stahlhelmen und Nationalsozialisten. Während der Stahlhelm verlangte, daß er zuerst von der Weize abmarschiere, begannen die Nationalsozialisten mit dem Abmarsch und zogen an Hitler und den Stahlhelmführern vorbei. Als die Nazis vorbei waren, schwenkte Hitler hinter den SA-Leuten ein und marschierte ein Stück mit. Darob entstand große Empörung beim Stahlhelm. Offenbar vertiefte sich diese Differenz; denn es wurde von nationalsozialistischer Seite später erklärt, daß es zweifelhaft sei, ob Hitler bei der großen Kundgebung sprechen würde. Hitler erschien dann auch nicht an dem gemeinsamen Essen, an dem Hugenberg und Stahlhelmführer teilnahmen.

Vor Beginn der großen Kundgebung fand jedoch eine Aussprache zwischen Hugenberg und Hitler statt, durch die sich der Beginn der Kundgebung erheblich verzögerte. In dieser Unterredung ist offenbar der Streit beigelegt worden, denn Hitler nahm in der Kundgebung doch noch das Wort.

Als Hugenberg und Hitler in den vollbesetzten Saal einzogen, begann lantes „Heil“-Rufen. Die Nationalsozialisten verhielten sich aber durch stürmische Ovationen für Hitler jeden Beifall für Hugenberg zu unterdrücken. Die rivalität der Nationalsozialisten und Deutschnationalen trat im Laufe der Kundgebung noch öfters zutage.

Die „aroke“ Kundgebung begann mit einer Begrüßungsrede des Deutschnationalen braunschweigischen Ministers Rüdenhal; dann sprachen Hugenberg, Hitler, Sedde, Duesterberg, Graf Kaldenkreuth, Justizrat Clah, überhaup alle Träger der Parteien und Organisationen, die sich mit der Reaktion verbunden fühlen, von der Schwerindustrie bewußt beeinflusst werden und tun, was sie wünscht. Den Vogel schloß der einjährige Demokrat und frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht ab, dieser „nationale“ Mann hatte die Stirn, unter dem Jubel der vereinten Reaktion die Behauptung aufzustellen, daß die Reichsbank konftrakt sei und alle Reichsbankausweise der letzten Zeit gefälscht gewesen seien.

Von der Reichstagsfraktion mit dem volksparteilichen Führer Dingeldey der frühere Chef der Beeresleitung und jetzige Reichstagsabgeordnete von Seck erschienen. Volksparteiliche Delegierte waren vor allem noch aus Rheinland und Westfalen anwesend. Zahlreiche volksparteiliche Abgeordnete, die nicht anwesend waren, wie der Düppeldorfer Schweinefleisch und andere hatten sich in Unkosten gestützt und Begrüßungstelegramme gesandt. Die Wirtschaftspartei war durch den Direktor der Unterterswerde, den Reichstagsabgeordneten Sachsenberg und mit dem preußischen Landtagsabgeordneten Ladendorf vertreten. Wo sich die Reaktion zusammenfand, darf die Wirtschaftspartei nicht fehlen.

Sie alle, ob Volkspartei oder Wirtschaftspartei, vereint mit Hugenberg und Sedde, die Schnur nach vergangenen Zeiten. Ihr gemeinsames Ziel ist, der deutschen Sozialpolitik ein Ende zu bereiten, über Deutschland und sein Volk eine neue Inflation hereinbrechen zu lassen und dann den Klassenstaat aufzurichten, in dem es nur noch Herren und Knechte gibt. Die Wahnbredere dieser Reaktion ist die „Arbeiterpartei“ um Hitler. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß diese „Partei“ der Berchworenen der vereinten Reaktion ist und die in ihrem Solde steht, dann war es Harzburg.

Internationale Zahlungsbank und Finanzkrise

Die Sonntagsführung der WZB.

WZB, Basel, 11. Okt. Die von Mr. Garrah, dem Präsidenten der WZB, geleitete Sitzung der Leiter der hauptsächlichsten Notenbanken, die am Sonntag am Sitte der WZB, abgehalten wurde, dauerte von 4-8 Uhr abends. Im Mittelpunkt der angeregten Ausdrücke standen die interessanten Ausführungen von Randolph Burch, dem Vizegouverneur der Federal Reserve Bank New York, über die amerikanische Finanzlage. Der amerikanische Finanzmann orientierte seine Kollegen über die seitens des Präsidenten Hoover in letzter Zeit ergriffenen Maßnahmen für die Hilfeleistung für die in Bedrängnis geratenen amerikanischen Banken und schilderte ihnen das Funktionieren dieser „Creditcorporation“ mit ihrem Kapital von 500 Millionen Dollar. Burch gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß nur ein gemeinsames Vorgehen aller Finanzmächte und ein solidarisches Zusammenstreben aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herauszuleiten könne und er unterbreitete einige Vorschläge und Richtlinien, über die indessen noch strengstes Stillschweigen bewahrt wird.

Notverordnung über Wertberechnung von Feingold

Der Reichspräsident hat auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung eine Verordnung über die Wertberechnung von Edelmetallen und sonstigen Anspriechen, die auf Feingold (Goldmark) lauten, erlassen. Die Verordnung tritt rückwirkend vom 21. September 1931 in Kraft.

Keine allgemeine Fristverlängerung für Steueramnestie

In einer offiziellen Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß die Gerichte, wonach die Fristen für die Steueramnestie und Vermögenserklärung allgemein bis zum 15. November d. J. verlängert würden, jeder Grundlage entbehren. Es ist nicht beabsichtigt, die Frist über den 15. Oktober 1931 hinaus zu verlängern. Hingegen hat die Reichsbankgesellschaft angeordnet, daß bei Zeichnung auf die Amnestieanleihe die erste Rate nicht am Zeichnungstage, sondern erst am 5. Januar 1932 entrichtet zu werden braucht.

Sozialdemokratie fordert Brotpreislenkung

Von dem Bestreben geleitet, jede Steigerung des Brotpreises noch rechtzeitig zu bekämpfen, hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an den Reichskanzler folgenden Brief geschrieben:

Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß der Brotpreis in Deutschland seit einer Reihe von Monaten eine Höhe erreicht hat, die im Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Zollgesetzes steht.

Es kann keine Rede davon sein, daß die Reichsregierung „mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln“ eine Brotverknappung nicht verhindern könnte. Die Brotpreislenkung ist im Zollgesetz ausdrücklich bei der Tarifnummer „Koggen“ eingefügt worden, wobei die Reichsregierung ermächtigt wird, den Roggenzoll der Wirtschaftslage und der Brotpreislenkung entsprechend festzusetzen.

Angesichts des niedrigen Standes der Weltmarktpreise ist die Reichsregierung jederzeit in der Lage, durch eine entsprechende Bemessung des Zollfußes für Roggen den Roggenpreis und den Brotpreis in Deutschland so zu regulieren, wie es den Vorschriften des Zollgesetzes entspricht.

Wir erwarten daher, daß die Reichsregierung unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen erweist, um die Preissteigerung des Brotes zu beseitigen, die sowohl im Widerspruch zum Zollgesetz wie zu den von der Reichsregierung und dem Herrn Reichskanzler bei der Beratung des Zollgesetzes abgegebenen feierlichen Erklärungen steht.

Politische Schießerei in Berlin

WZB, Berlin, 12. Okt. In der Nacht zum 11. Oktober 1931 ist es an der Ecke der Kant- und Schillerstraße in Lichterberg zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Hierbei wurde der ehemalige Postausbehalter Kurt Nowak tödlich in die Brust getroffen. Nowak, der bis vor kurzem Mitglied der NSDAP war, hatte 13 Schuß Pistolenmunition bei sich.

Berliner Nazikalernen polizeilich geschlossen

WZB, Berlin, 10. Okt. Auf Grund des § 7 der Preßensicherungsordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sind vier Berliner S.N.-Heime polizeilich geschlossen worden. Außerdem wurden fünf Berliner Verkehrslokale radikaler Parteien teilweise geschlossen, d. h. diese Lokale sind von 18 bis 6 Uhr geschlossen zu halten. Wie wir dazu erfahren, sind von diesen Lokalen vier nationalsozialistische Verkehrslokale, während eines von Kommunisten benutzt wird.

Neuer japanischer Bombenangriff auf Kantschau

Peking, 10. Okt. (Reuter.) Japanische Flugzeuge besetzten die Eisenbahnkreuzung nach Kantschau mit Bomben und zerstörten sie vollständig. Am Anschlag daran unternehmen sie einen Gekundungsmarsch nach Kantschau.

Chinesische Gerichte beziffern die Opfer des Bombenangriffs auf Kantschau mit 30 Toten und 40 Schwerverletzten, darunter 16 chinesische Angestellte der Eisenbahn. Die japanischen Truppen weisen sich, die Mandschurei zu verlassen.

Stimson fordert Beilegung des Mandschureistreites

Washington, 10. Okt. (Reuter.) Staatssekretär Stimson hat an den Generalsekretär des Völkerbunds, Sir Erik Drummond, ein Telegramm gerichtet, in dem er auffordert, zur Beilegung des Streites in der Mandschurei jeglichen Druck und seine ganze Autorität zur Anwendung zu bringen.

Devacheim

Vom Amtsgericht Berlin-Mitte wurde die Klage, die der beim Zusammenbruch des Devacheimkonzerns fristlos entlassene Leiter der Buchhaltung, Knie, gegen den Konkursverwalter angeordnet hatte, kostenpflichtig abgewiesen. Knie, der Devacheimpartner war, hat sich und Kollegen, die in der gleichen Lage waren wie er, fünf Tage vor der Zahlungseinstellung größere Beträge noch ausbezahlt, während er Knieere Sparer, die geringere Summen angelegt hatten und vor dem Zusammenbruch zurückforderten, abwies. Das Gericht erklärte, daß ein solches Verhalten durchaus unzulässig sei; eine Weiterbeschäftigung Knie habe dem Konkursverwalter nicht zugemutet werden können; die fristlose Entlassung sei gerechtfertigt.

Parteien und Brüning II.

Vor den Reichstagsverhandlungen

WZB, Berlin, 10. Okt. Im Reichstag wird am Montag schon parlamentarischer Hochbetrieb herrschen. Zahlreiche Fraktionen halten schon am Montag Sitzungen ab. Bereits vormittags tritt der Christlichsozialer Volksdienst zusammen.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand hält am Montag vormittags eine Sitzung ab, der sich dann um 3 Uhr nachmittags die Sitzung der Gesamtfraktion anschließt.

Für 3 Uhr nachmittags haben auch die Deutschnationalen eine Fraktionsführung anberaumt, während das Zentrum schon mittags zusammentritt. Daneben findet eine Tagung des geschäftsführenden Parteivorstandes und der Parteileitung der Wirtschaftspartei statt.

Um 5 Uhr tritt der Aeltestenrat zusammen, um den endgültigen Plan für die Reichstagsberatungen zu vereinbaren.

Vorstand der Volkspartei gegen Brüning

Teile der Volkspartei jedoch gegen Regierung der „nationalen Opposition“

WZB, Berlin, 10. Okt. In der heutigen Sitzung des Reichsausschusses der DVP hielt der Parteiführer, Abg. Dingeldey, einen Vortrag über die politische Lage. Nach eingehender Beratung wurde vom Parteivorstand und Reichsausschuß übereinstimmend mit starker

Leichenschändung



Der Volksparteiler: „Hier bringe ich Ihnen den Mann, der die gradlinige Fortsetzung der Stresemann-Politik garantiert!“

Mehrheit ein Beschluß gefaßt, der die Erklärung des Parteiführers gegenüber dem Reichskanzler billigt. Diese im Beschluß erwähnte Erklärung ist, wie die Nationalliberale Correspondenz mitteilt, dahin, daß die Deutsche Volkspartei ein Reichskabinett auf der Grundlage der früheren Regierung nicht unterstützen könne.

WZB, Berlin, 11. Okt. Auseinandersetzungen im Reichsausschuß der DVP hatten zur Folge, daß Abg. von Cramer sofort seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärte und gleichzeitig mitteilte, daß er auch sein Landtagsmandat niederlegen werde, von Cramer, der sich scharf gegen eine Regierung der nationalen Front ausgesprochen, ist auch Bises:ffidant des preussischen Landtages. In der Sitzung kam als überwiegende Auffassung zum Ausdruck, daß die Deutsche Volkspartei gegenüber der nationalen Opposition eine gewisse Distanz wahren müsse. Die Verhandlungen führten dazu, daß die nach Harzburg geplante Reise größtenteils aufgegeben wurde. Nur Reichstagsabgeordneter von Seestadt nahm an der Harzburger Tagung teil.

Berlin, 12. Okt. (Sunddienst.) Der Beschluß der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, gegen die Regierung Brüning zu votieren, wurde mit 21 gegen 8 Stimmen gefaßt. Die Gegner des Sturzes der Regierung Brüning sind Rohlf, v. Karhoff, Kalle, Gabel, Thiel, Schneider (Dresden), Dr. Cremer und Albrecht.

Im Vordergrund der Debatte der volksparteilichen Fraktion stand die Frage: Tarifvertrag oder nicht! Schon seit Monaten wird innerhalb der Volkspartei gegen und für die Aufrechterhaltung des Tarifsystems gekämpft. Seit Wochen aber war der Kampf bereits zugunsten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie als die Geldgeberin der Volkspartei entschieden, so daß die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion am Samstag nur die Konsequenzen aus dieser Entscheidung gezogen hat. Sie ist gegen das Tarifsystem, Brüning ist dafür: Also muß die Volkspartei gegen Brüning sein.

Wirtschaftspartei für Rechtsregierung

Berlin, 10. Okt. Die Parteileitung der Wirtschaftspartei erklärt: Trotz des Zusammenbruchs der Wirtschaft und der Finanzpolitik unter dem Kabinett Brüning fand dieses die parlamentarische Mehrheit. Die Wirtschaftspartei verlangt nach wie vor die Zusammenfassung aller „nationalen Kräfte“ in Deutschland zur Bildung einer Mehrheit.

Bayerische Volkspartei für Brüning

WZB, München, 11. Okt. In einem Artikel, der zur Regierungs- umbildung Stellung nimmt, schreibt die Bayerische Volkspartei: „Es ist unsere Haltung nicht auf Seiten derer zu finden, die für die der Sturz Dr. Brüning das U und O ihrer Politik bedeute. Wohl sei die Bayerische Volkspartei durch die letzte Notverordnung in einen schweren innerpolitischen Gegensatz zur Regierung gedrängt worden, allein es wäre ein Irrtum zu hoffen, daß die Bayerische Volkspartei dadurch zum Bundesgenossen der grundsätzlichen Gegner des Kanzlers geworden sei.“

Die volksparteiliche Fraktion wird, wie wir hören, nicht geschlossen gegen die Regierung Brüning stimmen. Aber mindestens zwei Drittel der volksparteilichen Abgeordneten, also etwa zwanzig, dürften sich auf die Seite der vereinten Reaktion um Duenberg und Hitler schlagen und für das Mißtrauen stimmen. Der Rest dürfte sich der Stimme enthalten.

Hitler beim Reichspräsidenten

Hitler wollte am Samstag in Begleitung des Naziabgeordneten Goebring annähernd eine Stunde beim Reichspräsidenten.

Er hielt dem Reichspräsidenten einen längeren Vortrag über das „Programm“ der Nazis und die Bereitschaft der Nazis zur praktischen Mitarbeit in der Regierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler im Verlauf des Gesprächs die Frage, warum die „nationale Front“ so scharf gegen Brüning aufträte und weshalb die Nationalsozialisten ebenfalls die Mitarbeit mit Brüning ablehnten. Hitler, dessen Ausführungen sehr gemäßig waren, antwortete ausweichend.

Alles in allem sieht, wie der SPD, meldet, das Gespräch aus wie das Hornberger Schießen.

Severing über Harzburg

WZB, Dortmund, 11. Okt. In einer heute vormittags hier abgehaltenen überfüllten Parteiverammlung der SPD, ergriff auch Innenminister Severing das Wort, um sich mit der Kundgebung der rechtsstehenden Oppositionellen in Harzburg zu befassen. Er erklärte, die Pläne dieser Opposition ließen sich an den Namen der beteiligten Führer erkennen. Sie bedeuteten Zerschlagung des Tarifrechts, 20prozentigen Lohnabzug und Zusammenschluß gegen den Widerstand der Arbeiterschaft. Dielem müsse ein geschlossenes Heer einzelner Republikaner entgegengestellt werden. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Innenminister über die erfolglose Regierungs- umbildung an und sagte u. a., ein Eintritt der Deutschnationalen und Nationalsozialisten in die Regierung würde die Dinge nicht bessern, sondern im Gegenteil die Kreditkrise rapid verschärfen. Polizei- und Reichswehr in der Hand der Nationalsozialisten bedeute Auf- richtung eines faschistischen Regimes.

Neues Reichskabinett und Wirtschaftsprogramm

Das neue Reichskabinett sollte die bereits vom vorigen Kabinett in Angriff genommene Arbeit an einem Wirtschaftsprogramm fort. Insbesondere wurde die Schaffung des Wirtschaftsrates erörtert.



So sehen die „Halbgötter“ aus, welche die Welt aus den Angeln heben wollen

Die Tagung der „nationalen Opposition“ in Bad Harzburg

Oben: Geheimrat Duenberg (Deutschnat.), Dr. Frid (Nationalsozialist), Adolf Dittler (Nationalsozialist), Franz Seidie (Städt.) Unten: Graf Kaldreuth (Reichslandbund), Döberberg-Januschak (Deutschnational), General von der Goltz (Vereinigte Vaterländische Verbände), General Diekmann (Nationalsozialist)

Freistaat Baden

Sozialdemokratie und Aufsichtsratsposten

Der Führer brachte in seiner Samstagausgabe einen Artikel, der sich mit dem großen Anflug befaßt, daß einzelne Persönlichkeiten bis zu 100 Aufsichtsratsposten besaßen. Die Aufstellung ist nicht neu, besonders in der sozialdemokratischen Presse werden schon seit Jahren Zahlen über die Massen-aufsichtsratsposten veröffentlicht und rüchichtslos die Verteilung des großen Umfangs verlangt. Am Schluß seines Artikels schreibt der Führer:

Von der sozialdemokratischen Partei, die angeblich den Kapitalismus bekämpft, haben 19 Abgeordnete insgesamt 33 Aufsichtsratsposten, die sämtlich in öffentlichen oder Privatunternehmen sind."

Das Naziblatt will Glauben machen, daß auch Sozialdemokraten in Privatunternehmen gewinnbringende Aufsichtsratsposten inne haben. Demgegenüber sei erklärt: In sozialdemokratischer Abgeordneter darf in Privatunternehmen Aufsichtsratsposten besaßen, sondern nur in Unternehmen des Staates, der Länder oder der Gemeinden, und zwar nur dann, wenn er von öffentlichen Körperschaften als Aufsichtsratsmitglied delegiert wird. Der Bezug von Lantien und sonstigen Vergütungen ist dabei ausgeschlossen. Genau so steht es, wenn Sozialdemokraten in den eigenen Unternehmen der Partei Mitglieder des Aufsichtsrats sind. Es wird in keinem Falle irgend eine Entschädigung dafür bezahlt.

Ein Nachspiel zu

„Im Westen nichts Neues“

Nationalsozialistische „Kampf“politik und Justizmoralität

Vor der großen Strafkammer in Karlsruhe fand letzte Woche folgender Prozeß statt, der wieder einmal drastisch die Kampfmethoden der Nationalsozialisten darstellt und dabei gleichzeitig einen Blick in die Atmosphäre heutiger Justiz tun läßt:

Im Karlsruhe, 10. Okt. Vier Nationalsozialisten aus Forstheim, der 22 Jahre alte Kaufmann Friedrich Kessler, der 29 Jahre alte verheiratete Kaufmann Walter Sobon, der 22 Jahre alte ledige Kaufmann Otto Weidenbach und der 29 Jahre alte verheiratete Deutlich Hermann Steimle fanden Freitag vor der Großen Strafkammer Karlsruhe (Vorstand: Landgerichtsdirektor Dr. Rudmann). Die Angeklagten lagen in der Nacht vom 6. August in der Wirklichkeit zum Anker in Forstheim. Nach Mitternacht führte noch der 33 Jahre alte verheiratete Fasser Emil Schwarz aus Forstheim, der mit dem Zuge von Karlsruhe zurückkam, in die Wirklichkeit ein und setzte sich zu den Angeklagten. Er erzählte ihnen, daß er sich in Karlsruhe den Film „Im Westen nichts Neues“ angesehen habe.

Die jungen Leute merkten gleich, daß sie einen Andersartigen vor sich hatten und stimmten keinen Ausfahrungen in ironischer Weise bei. Schwarz merkte dabei nicht, daß ihn die jungen Leute verurteilten. Schwarz war jedenfalls der Ansicht — er war von 1917 bis zum Schluß Kriegsteilnehmer, — daß manches, was in dem Film dargestellt wurde, dem, wie es draußen war, entsprach. Er merkte nicht, daß seine Zuhörer Nationalsozialisten waren. Sonst hätte er ihnen auch nicht eine Karte, die er im Kino bekommen hatte, gezeigt. Diese Karte stammte von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und diente zur Sammlung von Unterschriften gegen den kommenden Krieg. Die Nationalsozialisten verurteilten in Schwarz, der eine Aftensmappe bei sich trug, einen geheimen Agenten jener Friedensgesellschaft und nahmen an, daß seine Mappe wichtige Nachrichten, die die Gesellschaft der Kopf nicht anvertrauen möchte, enthielt. Sie glaubten, daß der Inhalt der Mappe für ihre Partei von großer Wichtigkeit sein könnte und wollten Inhalt der Mappe an sich bringen, davon Kenntnis nehmen um ihrer Partei Mitteilung zu machen. Die Angeklagten beauftragten Schwarz auf seinem Heimwege. In einer dunklen Stelle auf der Dörflichen Karlsruherstraße umweit der Gartenstraße entriß ihm die Taiche, worauf sie nach verschiedenen Richtungen Reißens nahmen. Weidenbach sprang mit der Taiche die Schillerstraße hinauf und untertrieb die Taiche. Er wurde enttäuscht, da sie ledig-Tageszeitungen und Fachblätter für Uhrmacher enthielt. Daß die Taiche Schmuckstücke im Werte von 300—500 Mark sowie Handwerkszeug enthielt, entging ihm. Die Mappe ließ er auf der Schillerstraße liegen, wo sie später gefunden und der Polizei übergeben wurde. Ein Ring im Werte von 15 M, der sich in der Taiche befand, ist verloren geangenen.

Die Tat der Angeklagten, die ursprünglich, namentlich wegen des Behlens des Rings als Straftatbestand — den das Gesetz mit Zuchthaus bedroht — angesehen wurde, befähigte am 7. August d. J. das Schnellgericht in Forstheim. Dieses verurteilte die Angeklagten Kessler, Sobon und Weidenbach wegen Nötigung zu vier Wochen Gefängnis und den Angeklagten Steimle, zu sechs Wochen Gefängnis wegen Nötigung; letzterer war kurz vorher wegen eines politischen Mordbetrags bestraft worden.

Gegen das Urteil des Schöffengerichts war von der Staatsanwaltschaft, wie seitens der Verteidigung Berufung eingelegt worden. Der Verteidiger hat um Freisprechung, während Staatsanwalt Dr. Nebel die Aufrechterhaltung der in Forstheim ausgesprochenen Freiheitsstrafen beantragte.

Unter Vermittlung der Berufung der Staatsanwaltschaft änderte die Karlsruher Strafkammer das Urteil des Schöffengerichts Forstheim vom 7. August d. J. dahin ab, daß die Angeklagten wegen großen Anfluges zu je 100 M Geldstrafe verurteilt werden; im Falle der Unbeibringlichkeit tritt an deren Stelle eine Haftstrafe von 20 Tagen. Die Angeklagten haben die Kosten ihrer Berufung zu tragen. Die Kosten der Berufung der Staatsanwaltschaft fallen der Staatskasse zur Last. Das Gericht hält für festgesetzt, daß ein Raub zweifellos nicht vorliegt. Auch die Frage, ob Nötigung oder Nötigungsversuch vorliegt, hat das Gericht verneint. Hingegen hielt das Gericht die gesetzlichen Voraussetzungen des großen Anfluges nach § 360 des Strafgesetzbuches für gegeben. Eine wichtige Frage, die das Gericht zu prüfen hatte, war die der Beteiligung des Steimle. Er war verantwortungsvoll zu machen. Das Gericht ist der Überzeugung, daß er ganz genau gewußt hat, um was es sich drehte, daß er es schon vorher wußte, bevor Schwarz die Taiche weggenommen wurde, daß sie ihm weggenommen werden sollte. Das Gericht kam zu dieser Auffassung, weil er der Vertreter und Führer ist. So mußte man die Schuldfrage bejahen.

Besüglich des Strafmaßes hat das Gericht die Vorfrage des Steimle nicht besonders bewertet, weil in diesem Falle die Hauptstrafe nicht ihn traf. Der Vorfall war miterschuldhaft, durch das offenbar nicht ganz glückliche Auftreten des Zeugen Schwarz (!), das dazu geführt hat, bei den Angeklagten den Gedanken wachzurufen, daß sie mit ihm die ganze Geschichte machen könnten. Durch die Höhe der Geldstrafe mußten den Angeklagten zum Bewußtsein gebracht werden, daß man auf diese Weise mit friedlichen Bürgern nicht umgehen darf. Im Interesse des Schutzes des Publikums mußte energisch (!) vorgegangen werden und es ist daher eine Geldstrafe von 100 M dem Gericht eine ausreichende Sühne zu sein.

Amtsenthhebung Pfarrer Eckerts

Die evangelische Kirchenregierung hat zu dem nunmehr vollzogenen Uebertritt des Pfarrers Eckert in Mannheim zur Kommunistischen Partei Deutschlands Stellung genommen und sich grundsätzlich dahin ausgesprochen, daß es mit dem Amt eines im aktiven Dienste der evangelischen Landeskirche stehenden Geistlichen nicht vereinbar sei, als agitatorisch tätiges Mitglied einer politischen Partei anzugehören, die derzeit feindliche Mitglied einer politischen Partei angestrebt hat und diesen Kampf in Wort und Tat rüchichtslos führt. Auf Grund dieser Stellungnahme der Kirchenregierung hat der evangelische Oberkirchenrat gegen Pfarrer Eckert das dienstgerichtliche Verfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Kirchendienst eingeleitet, ihn mit Rücksicht auf die bei weiterer amtlicher Betätigung mit Sicherheit zu erwartende Beunruhigung der weitesten Kreise des evangelischen Kirchenvolkes und seiner Wirkung seines Amtes entzogen und den ihm für seine Reise nach Ausland erteilten Urlaub zurückgenommen.

Der Uebertritt des Herrn Eckert zur KPD hat ganz offenbar beim badiischen Oberkirchenrat eitel Freude und Genugung ausgelöst; der Versuch, den Sozialdemokraten Eckert aus dem Pfarramt zu verdrängen, ist dem Oberkirchenrat ziemlich kläglich mißlungen; den Kommunisten Eckert loszuwerden, das bietet für den Oberkirchenrat, wie die Begründung der Maßregelung beweist, wahrscheinlich bessere Chancen. Dem hohen badiischen und bekanntermaßen erzeaktionären Oberkirchenrat ist natürlich jeder sozialistische Pfarrer ein Scheuel und Greuel und eifrig ist diese hohe evangelische kirchliche Behörde darauf bedacht, irgend etwas bei einem sozialistischen oder vielleischt auch nur demokratisch angehauchten Pfarrer zu entdecken, das zu einem Vorgehen ausreicht. Dagegen wird sich jeder hakenkreuzlerische Pastor mindestens der stillen und pfleglichen Sympathie des Oberkirchenrats erfreuen. Und wer gar, frei nach Bodenstedt, als Diener Christi Kriegs- und Helmentum verkündet, ein Christentum predigt aus Kanonenschlünden, wer kapitalistische Profitgier und proletarische Knechtung preist, dürfte niemals ein Disziplinarverfahren wegen „der zu erwartenden Beunruhigung der weitesten Kreise des evangelischen Kirchenvolkes“ zu befürchten haben. Die allgütliche Nächstenliebe eines hohen evangelischen Kirchenrats ist in solchen Fällen eine wohl unbegrenzte.

Den sozialdemokratischen Pfarrer, der von einer mißliebigen und reaktionären Kirchenbehörde verfolgt worden ist, haben wir Sozialdemokraten verteidigt, den kommunistischen Pfarrer mögen die deutschen Moskauagenten in Schutz nehmen. Ueber die Tatsache darf sich jedoch der Oberkirchenrat seiner Täuschung hingeben: in bestimmte Kreise des „evangelischen Kirchenvolkes“ wird die Maßregelung des Herrn Eckert für die Uneruhigung hineintragen, zumal niemand vergessen hat, daß der Oberkirchenrat schon den Sozialdemokraten Eckert maßregeln wollte. Als ich am Samstag abend in einer öffentlichen Versammlung in der Stadt Mannheim, in Bretten, von dem neuen Maßregelungsveruch des Oberkirchenrats Mitteilung machte, der der Versammlung noch nicht bekannt war, gab es einen Sturm der Empörung und einen nicht minder starken Beifallsturm als ich betonte, daß die Maß-

regelung Eckerts unter gleichzeitiger Duldung der hakenkreuzlerischen evangelischen Hakenkreuzler einer Provokation evangelisch-kirchlicher Kreise gleichkomme. Und die Rufe: Heraus dann aus einer solchen Kirche! waren ungemein zahlreich und stürmisch.

Im übrigen ist der „Fall Eckert“ in der vollen Entwicklung zur politischen und menschlichen Tragik. Sie begann, als Eckert am 11. August d. J. vor den Parteifunktionären in Mannheim das feierliche Versprechen abgab, der Partei die Treue zu bewahren, obwohl ihn in der gleichen Stunde nicht nur starke Sympathien mit den Kommunisten verbanden, sondern auch, woran heute nicht mehr zu zweifeln ist, bereits auch nähere Beziehungen, mindestens zu einzelnen Kommunisten bestanden. Alles andere folgt, zumal bei einer in politischen Dingen so wenig disziplinierten Natur wie Herr Eckert sie ist, geradezu zwangsläufig. Wir sehen von ihm, dem Pfarrer und Führer der Religiösen Sozialisten als sicher voraus, daß er ein religiös tief empfindender Mann ist. Wir wissen, daß seine neuen Parteifreunde das strikte Gegenteil sind, daß sie alles verhöhnen und in den Schmutz zu ziehen versuchen, was mit der Religion und religiöser Betätigung zusammenhängt. Da muß der Konflikt nicht nur kommen — er ist schon da. Das ist denn doch wohl noch nicht dagewesen — trotz Ben Affba —, daß eine Partei ein eben neu gemommenes Mitglied unter größtem Tamtam öffentlich auftreten läßt, ihm aber in der gleichen Stunde vor versammeltem Publikum kategorisch erklärt: Wenn du mit bestimmten Anschauungen uns kommen willst, fliegst du sofort wieder hinaus. Und das an den ersten beiden Abenden des Auftretens. Inmitten der KPD muß Herr Eckert entweder an seinen kommunistischen oder an seinen religiösen Auffassungen im Verlaufe der praktischen Tätigkeit irre werden — ein Drittes gibt es wohl nicht. Er wird er muß entweder mit seinen bisherigen religiösen oder mit seinen neuen Parteifreunden in Zerwürfnisse geraten.

Was würde aber Herr Eckert wohl gesagt haben, wenn die Sozialdemokratie ihm beim öffentlichen Auftreten derart die Zensurpistole vor aller Öffentlichkeit vor die Brust gehalten hätte, wie es die KPD in der Mannheim und Karlsruher Versammlung getan hat? Was alles hätten wir aus seinem Munde — und auch aus dem so mancher seiner Freunde — über die Unterdrückung und Vergewaltigung der Meinungsfreiheit zu hören bekommen! Und jetzt? Herr Eckert schuld selbst die Brutalität der kommunistischen Zensur. Den Beschlüssen der ordnungsgemäß eingesetzten Parteinstanzen bei der Sozialdemokratie glaubte Herr Eckert sich nicht fügen zu sollen und fügte zu können, der brutalen Drohung der KPD beugt sich der weil Herr Eckert. Herr Eckert hat in der Karlsruher Versammlung seine Rede mit den Worten geschlossen: „Er sei ein einfacher Soldat der Revolution! Das Wort stammt vom alten Liebfleisch. Aber, Herr Eckert, wirkliche Soldaten der Revolution haben wir uns bisher ganz anders vorgestellt.“

Georg Schöpflin.

Auch dieses Urteil und seine Begründung — „im Interesse des Publikums mußte energisch vorgegangen werden“ — und deshalb 100 M — hundert Mark — Geldstrafe! reißt sich würdig den vielen milden Urteilsfällungen in der letzten Zeit gegen Nationalsozialisten an. Es fehlt nur, daß man auch noch den Ueberfallenen, den Uhrmacher Schwarz, verurteilt wegen großen Anfluges, weil er sich den Film „Im Westen nichts Neues“ angesehen und dann seinen Eindruck geäußert hatte. Wer diesen Film gesehen hat, hat wohl nach Auffassung deutscher Gerichte still und ruhig nach Hause zu gehen und nicht anderen Leuten seine Eindrücke zu schildern!

Partei-Nachrichten

Nieder mit den Spaltern!

Glänzende Rundgebung der Breslauer Parteigenossenschaft

Breslau, 10. Okt. Aus der ersten großen Mitgliederversammlung des von den Abspaltungen betroffenen Dispersierten Großbreslauer am Freitag abend, ist eine maßvolle Rundgebung der Breslauer Parteigenossenschaft zur Einheit und Geschlossenheit der Partei geworden. Der große Gewerkschaftsbauaal der noch bis vor kurzem nur die Stelle kleinlicher Richtungsunterschiede gewesen ist, mußte polizeilich gesperrt werden. So gewaltig war der Andrang.

Der Parteivorstand Otto Weis, den die Gefinnungsenner der Festsetzung während der letzten Jahre auf die Liste der in Breslau unerwünschten Redner gesetzt hatte, wurde begeistert begrüßt. Er bekräftigte sich in seinen oft von Beifall und Zurufen unterbrochenen Ausführungen mit der drohenden Zukunft der politischen Lage. Die Tolerierungspolitik sei nur getrieben worden, weil sie die Wirklichkeit gebietlich verlangte. Trotz allem, was uns von ihr trenne, sei Brünnig die letzte Position der Republik. Jetzt werde der Widerstand Hindenburgs gegenüber dem Drängen der Reaktion von Tag zu Tage schwächer. Die Sozialdemokratie stehe vor folgenschweren Entscheidungen von ungeheurer Tragweite. Hugenbergas Bemühungen gelten der Befestigung des Innenministeriums mit einem seiner Freunde, um dann später gleich durch Sperrung der Postkassette die Machtmittel der Länder in seine Hände zu bekommen. Das Unternehmen sei geradezu wegs auf die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht los. Die Grundrechte des Volkes seien bedroht. Deshalb müsse die Front der Arbeiter, der freien und der christlichen Gewerkschaften fest zusammengeschlossen werden.

Angeichts solcher Ausichten müsse die Rechtsaberei in der Arbeiterbewegung endlich ein Ende haben. Es müsse bestehen bleiben, was Bebel auf dem Parteitag von 1891 der Opposition entgegenhielt, daß eine Milionenpartei vorwärts zu operieren habe, als eine Sekte. Keine Bekämpfung von außen könne der Partei etwas anhaben, aber der Kampf in der Partei sei schlimmer. Deshalb müsse die Meinungsfreiheit einzelner am Recht der anderen eine Grenze haben.

Schließlich bekräftigte sich Otto Weis mit dem Werdengang der Abspaltung. Nachdem Rosenfeld erklärt habe, die Gründung der neuen Partei hätte rasch vollzogen werden müssen, da es sonst zu spät gewesen sei, erübrigte sich jedes Wort über die Vorgänge der letzten Tage. Sendewitz und seine Freunde hätten unbestreitbar die Abspaltung bewirkt herbeigeführt. Ihre neue Partei sei wie alle anderen politischen Spaltergruppen ein Wandler in Nichts. Das Geschimpfe auf die Botzen rühre die Sozialdemokratie nicht. Sie habe keine Veranlassung, durch Verleumdung und Schmähereien

in einen Wettbewerb mit politischen Gegnern einzutreten. Das gewaltige Kulturwerk der auf 80jähriger Tradition zurückblickenden Arbeiterbewegung sei im Augenblick schwer bedroht, deshalb gelte vor niemals die Losung: Vorwärts, Treue und gute Kameradschaft.

Stürmischer Beifall, wie man ihn in Breslauer Parteierfahrungen seit langem nicht mehr erlebt hatte, folgte der Rede. Eine Aushsfrage nach nicht mehr.

Nachstehende Entschließung wurde einmütig angenommen:

„Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung von Groß-Breslau verurteilt auf das entschiedenste die Spaltungsbestrebungen, die für die Klasse des Proletariats nur die schwersten Schädigungen im Gefolge hat. Die gesamte Mitgliedschaft gelobt, getreu ihrer jahrzehntelangen Ueberlieferung im Klassenkampf unter der Fahne der einzigen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen Partei, weiterzukämpfen. Nieder mit allen Spaltern und aller Zwietracht. Es lebe die Sozialdemokratie!“

SPD-Beamte gegen die Spalter

Breslau, 10. Okt. (SPD.) Die in Breslauer Behörden tätigen sozialdemokratischen Beamten haben zu den Vorgängen innerhalb der SPD mit folgender Entschiedenheit Stellung genommen:

„Die sozialdemokratischen Beamten in Groß-Breslau verurteilen aufs schärfste den Versuch der Spaltung der SPD, da es unerantwortlich ist, die Schlagkraft der Partei zu schwächen. Mehr als je ist in der ungeheuren Wirtschaftskrise die Einheit der Partei notwendig. Die sozialdemokratischen Beamten bringen deshalb zum Ausdruck, daß sie in unverrückbarer Treue zur SPD stehen und sich restlos zur Mitarbeit zur Verfügung stellen.“

Sendewitz hat die Partei bewußt angelogen

In den beiden letzten Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, die sich mit der Bildung von Sonderorganisationen innerhalb der Sozialdemokratie befaßten, wurde Sendewitz wiederholt gefragt, ob der seinerzeit von ihm, von Rosenfeld und Ströbel veröffentlichte und als Flugblatt verbreitete „Mahnruf an die Partei“ nur das Werk der Unterzeichner sei oder auf den Beschluß der Konferenz zurückzuführen sei. Die gleiche Frage wurde an Sendewitz wegen der Herausgabe der Wochenschrift Die Fackel gerichtet. Auf beide Fragen hat Sendewitz geantwortet, daß der Mahnruf ausschließlich das Werk seiner Unterzeichner sei und die Herausgabe einer Wochenschrift ebenfalls nur auf einen Beschluß seiner Herausgeber zurückzuführen sei.

Tatsächlich hat Sendewitz auch in bezug auf den „Mahnruf“ und die Herausgabe einer Wochenschrift die Unwahrheit gesagt und den Parteiausschuss bewußt belogen. Denn die Veröffentlichung des „Mahnrufs“ und die Herausgabe der Wochenschrift sind auf die Beschlüsse einer Sonderkonferenz zurückzuführen, die am 25. Juni stattgefunden hat. Zum Beweis dafür sithieren wir den Zeiter Volksboten, der anlässlich der Erklärung des Hamburger Abgeordneten Bergmann, daß er sich den Spaltern nicht anschließen werde, u. a. schreibt:

„Beramann ist der Führer der Opposition an der Walfertante. Er war ebenso wie Berahof in ineter Wesperechung oppositioneller Genossen im Juni ds. Js. für den Mahnruf Opposition und für die Herausgabe eines Wochenschriftes im Geiste der früheren Wochenschrift Paul Levis.“

Berahof ist der leitende Redakteur des Zeiter Volksboten. Die obige Quelle ist also einwandfrei. Sie überführt Sendewitz einer neuen List, eines neuen Betrugs!

Gewerkschaftliches

Tarifikündigungen in Baden

Freiburg, 10. Okt. Der Lohn- und Manteltarif in der südwestdeutschen Wärlen- und Pinselindustrie ist zum 15. Oktober gekündigt worden. Gefordert wird ein 15prozentiger Lohnabbau und völliger Fortfall des Umlaubs. — Der bestehende Tarif im Damen- und Schneidergewerbe ist ebenfalls gekündigt worden. Gefordert wird auch hier ein 15prozentiger Lohnabbau. — Der Lohnvertrag in der oberbadischen Metallindustrie (Handelskammerbezirk Schopfheim und Freiburg) ist ebenfalls gekündigt worden. Gefordert wird hier ein 20prozentiger Lohnabbau. Alle drei Angelegenheiten werden den Schlichtungsausschuss Freiburg voraussichtlich schon in der kommenden Woche beschäftigen.

Aus aller Welt

Bankschließung in Philadelphia

Philadelphia, 10. Okt. Die Country Trust Co. Bank, die sieben Filialen und ein Kapital von 10 Millionen Dollar besitzt, hat sich infolge großer Gelddrückung geschlossen, ihre Schalter zu schließen.

Eine Fehlspur zum Eisenbahntentat

Berlin, 11. Okt. Die Untersuchung gegen den Dienstknecht Kurt Baribel ist in Berlin nunmehr abgeschlossen. Es hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß Baribel in irgend einem Zusammenhang mit dem Eisenbahntentat in Nürnberg steht. Vom Amtsgericht in Görlitz ist aber gegen ihn Haftbefehl wegen schweren Diebstahls und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz erlassen.

Verhaftung des Eisenbahntentatäters von Via Torbagy?

Wien, 10. Okt. Auf eine Anzeige der Budapest Oberstadthauptmannschaft verhaftete die Wiener Polizei heute den in Wien wohnenden ungarischen Kaufmann Matuschka, da er im Verdacht steht, den Eisenbahntentat bei Via Torbagy verübt zu haben.

Es konnte festgestellt werden, daß Matuschka vor einiger Zeit zehn Kilogramm Sprengstoff gekauft hatte. Der Verhaftete, der die Tat leugnete, gibt an, daß er die Sprengstoffmaterialien zum Umladen eines Schornsteins seiner Fabrik angekauft und später weggeworfen habe.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Heute abend Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft im Heim der SVJ. in der Pfingststraße. Alle Genossinnen und Genossen sind hierzu herzlich eingeladen.

Schweinemarkt am 10. Oktober. Der Markt war besahren mit 83 Läufer Schweinen und 196 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 71 bzw. 163, Preis pro Paar 28—38 bzw. 10—18 M.

Dereinsanzeiger

- Karlsruhe. Kassalla, Dienstag abend 8 Uhr Gesamtprobe im Elefanten. 7625
- Weiertheim. Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr Monatsversammlung im Lokal „Zum Ruck“. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. 7622
- ADGB, Karlsruhe-Durlach-Ettlingen. Vom 12. bis einschl. 31. Oktober ist das Arbeitersekretariat nur für die dringendsten Fälle geöffnet. Wir bitten daher die Auskunftsgebenden, sich an die gewerkschaftlichen Organisationen zu wenden. Berufungen in Unfall- und Invalidenachen werden als dringende Arbeiten noch vom Sekretariat erledigt. 7511 Der Vorstand.

Kleine bad. Chronik

Schwerer Autounfall — Drei Verletzte

Freiburg, 10. Okt. Auf der Landstraße Ebnet-Järten wollte ein Auto einen Motorroller aus Richtung Böllenental überholen und gab mehrere Male Signal, das anscheinend vom Motorrollerfahrer überhört wurde. Als das Auto nun rechts fahren wollte, bog auch der Motorroller rechts ein. Durch das schnelle Stoppen überschlug sich der Wagen und die vier Insassen des Autos kamen darunter zu liegen. Die Insassen des Autos waren der Direktor Christiani aus Neustadt i. Schw., seine Schwiegermutter, sowie Frau und Kind. Direktor Christiani blieb unverletzt, während seine drei Angehörigen erhebliche Verletzungen davontrugen.

Autozusammenstoß

Appenweier, 11. Okt. (Eig. Meldung.) Am heutigen Sonntag, 11. Oktober, vormittags 8 Uhr, stieß ein Auto von Rehl mit einem hiesigen Kraftwagen in der Kurve beim Sägewerk zusammen. Es entstand ein Sachschaden von etwa 1200 Mark. Ein in dem Rehler Auto mitfahrendes Fräulein erlitt leichte Schnittwunden im Gesicht, weitere Verletzungen sind keine entstanden. — Die Schuld trifft in sehr erheblichem Maße den Fahrer des Rehler Autos, da derselbe die Kurve schneit und so den Unfall verschuldete.

Der Mannheimer Bilderdiebstahl aufgeklärt — Der Täter in Frankfurt am Main verhaftet

23. Mannheim, 10. Okt. Aus Frankfurt wird uns gemeldet: Die Frankfurter Kriminalpolizei hat gestern den Bilderdieb, der aus der Mannheimer Schloss-Gemäldegalerie durch Einbruch zwölf wertvolle Bilder entwendet hatte, festgenommen. Er hatte einem Frankfurter Antiquitätenhändler ein Bild angeboten mit der Erklärung, daß er noch weitere elf auf dem Bahnhof lagere habe. Der Antiquitätenhändler schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Kriminalpolizei, der es gelang, den Dieb im Hauptbahnhof festzunehmen. Man fand bei ihm elf Bilder, eines will er in einem Frankfurter Geschäft zurücklassen haben. Es handelt sich um einen russischen Ingenieur namens Swan Maslanka, der bisher zwar noch leugnet, aber eine plausible Erklärung über den Erwerb der Bilder nicht abgeben kann.

Bei lebendigem Leibe verbrannt

Hardeim (Amt Baden), 10. Okt. Der Lehrling Kurt Friedrich, Sohn des Straßenmeisters Friedrich, kam auf seiner Lehrstelle, einer Reparaturwerkstätte, auf schreckliche Weise ums Leben. Als er unter einem Auto lag, geriet das Öl des Wagens plötzlich in Brand. Die Kleider des jungen Mannes gingen Feuer. Der Unglückliche erlitt am ganzen Körper derartige Brandwunden, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Würzburger Krankenhaus starb.

Die nicht alle werden

Säckingen, 9. Okt. Die alte Erfahrung, daß der Schwindel um so eher geglaubt werde, je größer er ist, hat wieder einmal sich bewährt. Im Bezirk Säckingen verlor ein Mann, einige von denen, die nicht alle werden, nicht nur ein einige hundert Mark zu erleichtern, sondern sie auch dem Gespött ihrer guten Freunde auszuliefern. Ein bisher noch unbekannter Mann ließ sich von einem Autobesitzer, dem er erzählt hatte, er wisse, wo die Engländer beim Rückzug die Regimentskasse vergraben hätten, die nicht nur Geld, sondern auch wertvollen Schmuck enthielten, nach den Schlachtfeldern in Frankreich fahren, was ein Dritter, der ebenfalls den Schatz mit teilen wollte, finanzierte. Nachdem der Unbekannte seinen beiden neuen Freunden ein gutes Stück Geld abgenommen hatte, zeigte er ihnen die angebliche Stelle, wo sofort die Nachgrabungen vorgenommen wurden. Während die beiden Wühlmänner im Schweiß ihres Angesichts gruben, machte sich der Schabensdieb aus dem Staube. Wahrscheinlich war es ihm in erster Linie darum zu tun,

auf billige Weise nach Frankreich zu kommen. Mit leerem Geldbeutel und um eine Erfahrung reicher kehrten die beiden Schabensdieber nach ihrer Heimat zurück.

Neulshheim (bei Schwesingen). Bei der Firma Kettwiger wurden zwei Zentner Tabak gestohlen. Auch in dem Lager der Zigarrenfabrik Firma Seebler ist man großen Tabakdiebstählen auf die Spur gekommen. In der Angelegenheit wurden bereits verschiedene Verhaftungen vorgenommen und es ist zu hoffen, daß binnen kurzem die ganze Diebesbande hinter Schloß und Riegel fallen wird.

Oberhausen (bei Schwesingen). Donnerstag abend gegen 7 Uhr stieß ein Lieferwagen aus Durlach mit einem von Wagbäusel kommenden Radfahrer zusammen. Der Radfahrer Eugen Rapp von Wagbäusel wurde erheblich verletzt und blieb bewußtlos am Platz. Er wurde sofort mit dem Sanitätsauto in die Klinik nach Seidelberg verbracht.

Mannheim. Mit Wirkung vom 9. Oktober hat die Firma Parthotel G. m. b. H., Mannheim ihre Zahlungen eingestellt. Als Ursache wird u. a. die starke Konkurrenz angegeben, der das Hotel ausgesetzt ist seit Eröffnung des Palasthotels „Mannheimer Hof“ im Sommer 1929, die zusammen mit der immer stärker werdenden wirtschaftlichen Depression und der Einschränkung des Reiseverkehrs. Es soll sofort per 9. Oktober ein Status erstellt und das gerichtliche Verwaltungsverfahren beantragt werden. Eine erste Gläubigerversammlung findet am 19. Oktober im Sitzungssaal der Handelskammer statt. Der Betrieb des Hotels wird in unveränderter Weise fortgeführt.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Der Hochdruckrücken über Mitteleuropa hat sich weiter verlagert, so daß die bestehende Witterung andauern wird.

Wetterausichten für Dienstag, den 12. Oktober: Fortdauer des trockenen und vielfach heiteren Herbstwetters.

Wasserlauf des Rheins

Basel 56; Waldshut 255; Schaffhausen 110; Rehl 258; Murgau 419; Mannheim 399; Caub 211 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. Jakob Meiser, Wimer, Lehrer a. D., alt 76 Jahre, Beerdigung am 12. Okt., 11 Uhr. Gertrude Wagner, alt 78 Jahre, Odensheimer (Vindensels), Anna Heuß, alt 79 Jahre, Witwe von Karl Heuß, Reingautsbehrer, Feuerbestattung am 12. Okt., 11.30 Uhr. Luise Walthert, alt 44 Jahre, Ehefrau von Eugen Walthert, Schuhmachermeister, Beerdigung am 12. Okt., 13.30 Uhr.

Veranstaltungen

Montag, den 12. Oktober 1931:

- Badische Landesbibliothek: Volksbüchse: Worterforschung, 19.30 Uhr. Colosseum: Jede mich, die große Ausstattungs-Ballett-Revue, 20 Uhr. Gärten-Park: Opern-Debut, 8.30-Zentimeter, Lehmim, Konfirmationsfeier.
- Kammer-Schiffspiele: Jungs braucht Ged. Singab. (Weiß am Kreuz.) Helfens-Schiffspiele: Douaumont.
- Union-Theater: Die lustigen Musikanten. Ton-Wochenblatt. Kulturfilm. Badische Landesgewerkschaft: Ausstellung „Kampf dem Krebs“, 10—20 Uhr.
- Engländerplatz: Sommer-Ballett Frankf. 15 und 20 Uhr.
- Galerie Moos: Herbstausstellung.
- Glintradi: Kammermusikquartett Klingler 20 Uhr.

Einen Teil unserer heutigen Stadtauskunft liegt der Gewinnplan zur 38. Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie bei, welchen wir unsern verehr. Lesern besonderer Beachtung empfehlen.ziehung der ersten Klasse ist am 21. und 22. Oktober. Loie sind erhältlich bei der Staatl. Lotterieverwaltung T o p p e r, Kreisamt, 3a, Ede Kuppurter Straße und Geora-Friedrichstr. 25, Ede Durlacher Allee, Tel. 5286.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN



SIEMENS 22

Unverbindliche Vorführung und Prospekte in jedem guten Radio-Spezial-Geschäft.

Das Zweiröhrengerät für Orts-, Bezirks- und Großsenderempfang

Preis einsch. Telefonkennröhren für Wechselstrom mit Röhre REN 804 RM 97,50 mit Röhre REN 904 RM 96,— für Gleichstrom RM 96,—



Arbeiter Angestellte u. Beamte

Die eigenen Betriebe der Genossenschaften und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

befreien uns vom Preiszwang der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß **jeder Wirklichkeit einer Konsumgenossenschaft beitreten** und insbesondere nur die hier erhältlichen Graegnisse mit der Marke **GEG** wählen

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgebung, e. G. m. b. H.

Drogerie **Wilhelm Tscherning**
Sche Amalien- und Karlstr. Fernsprecher 519
Mitglied der Rabattparagruppe

August Schaiier
Karlsruhe / Gegründet 1875
Fabrik: Roosstraße 24
Lagerplatz: Klauerechtstr. 9
Fernsprecher 435

Fenster-, Türen- u. Möbelfabrik, Glaserei
Schaufensteranlagen, Ladeneinrichtungen

Städtische (Öffentliche) Sparkasse
Baden-Baden
Ämliche Hinterlegungsstelle

Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- u. Haushaltsgüter

TRINKT MEHR MILCH!

Natürliche Mineralbrunnen
das In- und Auslandes zu Kurwecken und als tägliches Tischgetränk in allen Preislagen

Bahn & Bassler
Karlsruhe in Baden, Kibel 30, Telefon 355
Freiburg i. Br., Lagerhausstraße 19, Tel. 5967
Gegründet 1887

Industrie Handel und Gewerbe
sind mehr denn je darauf angewiesen, sich Absatzgebiete zu erringen und dieses bedingt zielbewusste Arbeit mit zughräftigen

Werbe-Drucksachen
zu deren Lieferung wir unsere mit dem modernsten typographischen Material ausgestattete Druckerei bei Bedarf stets empfohlen halten

Verlagsdruckerei Volksfreund
Karlsruhe, Waldstraße 28 / Fernsprecher 7020/21



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

12. Oktober.

1492 Kolumbus landet auf Guanabari. — 1906 Schwedischer Schriftsteller A. Hedenström. — 1917 Rote Wiskons an Mittelmächtige (U-Bootskrieg). — 1924 Franz. Dichter Anatole France. — 1928 Diodoro Trigozen, Präsident von Argentinien (Amtsantritt).

Börsenmanöver „in Mehl“

Als infolge der Ernte das Weizenmehl naturgemäß billiger werden mußte, ging auch die Notiz für Weizenmehl an der Karlsruher Börse entsprechend zurück, aber nur für das „besere“ Mehl, nämlich „Spezial 0“, während das geringere Weizenmehl II und vor allem das noch geringere „Weizenbrotmehl“ weniger von der Preisentwertung profitierten. Das erste war nämlich seit 15. August in der Börsennote um 4,50 M. und das letztere um 10 M. niedriger festgesetzt worden als Spezial 0. Als nun mit Sinken der Kaufkraft das „Weizenmehl“ nicht mehr so begehrt war, dagegen um so mehr die geringere Sorte Weizenmehl II und vor allem Weizenbrotmehl, hat man, statt dem Sinken der Kaufkraft Rechnung zu tragen und die Preise für diese beiden geringeren Mehlarten auf relativ (gegenüber dem Preis für Spezial 0) noch weiter herabzusetzen, die Preise für die geringeren Sorten relativ erhöht, indem man nämlich seit 9. September Weizenmehl II nur noch 4 M. und Weizenbrotmehl nur noch 8 M. billiger sein läßt als „Spezial 0“. Und dabei war schon am 15. August die Differenz zu Ungunsten des billigeren Mehls verkleinert worden.

Hätte man gar keine künstliche Minderung des Preisverhältnisses vorgenommen, so wäre bei dem heutigen Kurs von „Spezial 0“ das Weizenmehl II um 1 M. und das Weizenbrotmehl um 4 M. je Doppelpentner billiger als es tatsächlich der Fall ist.

Anstatt der Nachfrage entsprechend das Angebot umzustellen, indem man nämlich weniger Weizenmehl Spezial 0 ausmacht, dafür aber mehr Weizenmehl II und Weizenbrotmehl, erhöht man einfach den Preis für die geringeren Sorten, um den Kauf des teureren Mehles rentabler erscheinen zu lassen. Um so nachteiliger für den Konsumenten ist dies Manöver, weil auch das Roggenmehl im Preise gehoben ist, und somit auch von dort her eine Brotpreissteigerung und damit ein Höherhängen des Brotpreises droht.

Bei solchem Preisdiktat, das das Angebot ganz unwillkürlich gestaltet, wird das „freie Spiel“ der wirtschaftlichen Kräfte, auf das sich doch auch der Mehlgroßhandel so gern beruft, völlig ausgeschlossen. Man kann das ja bequem tun, weil auch im Mehlgroßhandel immer strenger und lüdenloser geworden ist. Wie wir hören, haben aber die Bäckerverbände sich gegen das offenbar von den badischen Mühlen ausgehende Börsenmanöver energisch gewandt, hoffentlich mit Erfolg. Nebenfalls wird mit solcher Willkür erreicht, daß trotz großer Erntevorräte das Brot nicht billiger werden kann. Sieht die Preisentwertungsaktion der Regierung so aus?

Badische Woche

Notkündigung

Die Notkündigung der Kunst und Wissenschaft, die anlässlich der Badischen Woche auf Sonntag Morgen in die Festhalle einberufen worden war, vereinte ein Großteil derjenigen, denen wirtschaftliche Not bis jetzt noch fern geblieben ist. Was sollen aber alle die Mitglieder der Behörden, die höheren Beamten, die Handel- und Gewerbetreibenden und die Anbieter der freien Berufe, denen es gerade noch lang tun, um der immer weiter um sich greifenden Not Einhalt zu gebieten? Die Notkündigung sagte es ihnen in poetischen Worten und in schillernder Prosa, in temperamentvoller Steigerung und lauchiger Durchdringung: Volk und Geist haben sich getrennt, sie müssen sich wieder zusammenfinden. Das heißt ins praktische Leben überleitet, daß diejenigen, denen es noch traunlich möglich ist, ins Theater gehen, Konzerte besuchen, Kunstwerke kaufen und sich um die Literatur kümmern sollen. Dieser Appell war bitter ernst gemeint, und man fürchte es den Rednern auf der Kasse, will jaagen dem Festhallespodium an, daß ihre gedrangten Ausführungen, zu denen ihnen nur Zeit gelassen war, aus erschütternder und bekümmert Ueberzeugung kamen. Aber dem aufrechten Zuhörer, der ohne Prejudizgründe in diese immerhin gebührende Versammlung gekommen war, um ein erlösendes Wort zu hören, mochte es bedünken, daß hier doch nicht der rechte Ausweg gefunden wurde.

Das Häuflein derjenigen, die für Theater, Kunst und Wissenschaft noch Geld und Interesse übrig haben, ist ara zusammengekommen. Bei Wirtschaftsführern und Geldmagnaten kann Kunst und Bildung erst in zweiter Linie kommen. Das Geldstück geht naturgemäß vor und in der kurzen Zeit, die es ihnen übrig läßt, suchen die ewig gebundenen Industriellen bei leichter Ware Entspannung und Vergessen. Der Arbeiterschaft aber, die bereit wäre, für Kulturarbeit wirkliche Opfer zu bringen, werden alle Mittel dazu verweigert. Während man sich in ihren Arbeitertageskassen und Bildungsvereinen über die überhöhten Kulturkassensätze zu reiten läßt, von dieser Tatsache aber war in der Notkündigung kein Wort zu hören, ja es mochte scheinen, daß diese Schriftsteller, Dichter und Denker, die da von einer Volksgemeinschaft sprachen, nur eine solche Gemeinschaft gelten lassen wollten, in der sie selbst als führende anerkannt werden. Autorität aber läßt sich niemals erzwingen, auch nicht durch einen noch so ersten Appell. Wo sie in Wahrheit ist, lebt sie sich ungewollt durch, und Kunst und Wissenschaft werden dann wieder ihren Boden gewinnen, wenn sie von denjenigen getragen werden, die heute von ihnen ausgeschlossen sind.

Am der Notkündigung beteiligten sich das Landes-theater-Orchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Krips, Co-

spielte zur Eröffnung die Ouvertüre zum „Nachtflieger von Granada“ des badischen Komponisten Konradin Kreuzer. Des Freiburger Julius Weismanns Rhapsodie für großes Orchester gelangte unter Leitung des Komponisten zur Wiebergabe. Der vorgeschrittenen Zeit halber war es leider nicht mehr möglich, der Aufführung beizuwohnen. Der Kammerchor unter Leitung von Franz Philipp Jona mit starker Lebendigkeit zwei achstimmige Capella-Werte seines Dirigenten. Als Redner sprachen Professor Hermann Cris Bülle (Freiburg), Dr. Hermann Burle (Lörrach), Dr. Friedrich Mülle (Binau), Dr. Leopold Ziegler (Weberlingen), Nienbant Dr. Hans Waaa und Schriftsteller Heinrich Betz.

Diskussion bei Pfarrer Eckert

Bei den Kommunisten geht es ohne Lügen nun einmal nicht ab

In der Festhalleversammlung am letzten Freitag, in der sich Pfarrer Eckert als neugeborener Kommunist vorstellte, folgte dem Referat eine längere Diskussion. Wir würden von dieser keine Notiz nehmen, wenn sie nicht wiederum den Beweis brächte, daß bei den Kommunisten in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und ihrer Führer die Lüge als Kampfmittel die Hauptrolle spielt. In der Diskussion sprach als kommunistischer Embryo ein gewisser Beh aus Durlach. Nachdem er erst einige Wochen bei der KPD ist, weiß er schon ausgezeichnet die Lüge als Waffe zu benutzen. So behauptete er, daß Genosse Minister a. D. Kemmele in Baden den Religionsunterricht an den Gewerbe- und Fortbildungsschulen eingeführt habe. Nimmt es sich schon sonderbar aus, daß ausgerechnet in einer Versammlung, in der ein Pfarrer das Hauptreferat hält, ein Anhänger derselben Partei sich gegen den Religionsunterricht wendet, so ist die Behauptung Beh obendrein noch eine erbärmliche Lüge. Der Religionsunterricht an den Fortbildungsschulen und Gewerbeschulen in Baden wurde nicht von Minister Kemmele eingeführt, sondern von Minister Hellbach. Zur Zeit der Einführung des Religionsunterrichts an den genannten Schulen war Kemmele gar nicht Unterrichtsminister. Er hatte also keine Gelegenheit, diesen Unterricht einzuführen. Das braucht natürlich ein Kommunist zu behaupten zu können. Aber hat er auch schon gemerkt, daß je härter ein KPDist mit Lügen auftrumpfen kann, ein desto größerer Ansehen er bei seinen Gesinnungsgenossen hat? Daß die Sozialdemokratie schon des öfteren die Bekämpfung des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen verlangt hat, ist auch Tatsache, aber davon erzählt er nichts. Seine politischen Kenntnisse reichen ja immer noch aus, in vavagelenhafter Art all das nachzuschnappen, was ihm größere kommunistische Geister vorgelegt haben.

Weiterhin hat sich Beh über das Verhältnis der KPD zum Jugendklub und Jugendrecht ausgelassen und angeführt, daß die KPD, mit den bürgerlichen Jugendvereinen im Reich zusammenzufassen. Die Erfahrung zeige, so führte er aus, daß das Bürgerium doch niemals dem Proletariat freiwillig was geschenkt hat. Mit dieser Kritik hat Beh auch nur das nachgeschwätzt, was die kommunistischen Jugendreferenten schon vor seiner Gastrolle bei der KPD, gesagt haben. Bei dieser Sache spielt die Unehrlichkeit der KPD, wieder einmal eine große Rolle. Gewiß, die KPD-Jugend steht sich mit den bürgerlichen im Reichsjugendklub und den Sportvereinen usw. staatl. und kommunal. Art nicht an einen Tisch, aber wenn es gilt, Gelder für die Jugend in Empfang zu nehmen, dann verschmähen die Kommunisten auch das Geld nicht, das ihnen durch die Arbeit dieser Ausschüsse zugewiesen wird. Ja, sie würden sogar drei Hände herhalten, wenn sie diese zur Verfügung hätten. Das Geld stinkt bei ihnen bekanntlich nicht, auch wenn es von dem verfluchten bürgerlichen Staat kommt. Daß in den erwähnten Ausschüssen recht große Interessen der proletarischen Jugend auf dem Spiel stehen, bedarf weiter keiner Erwähnung. Allerdings können wir auch nicht erwarten, daß ein Zeitgenosse wie Beh dies verstehen kann.

In der Diskussion trat auch ein alter Bekannter, nämlich der Volksgenosse Gustav Runge, auf. Wir gönnten ihm, der vor einigen Jahren aus der KPD ausgeschieden wurde, der KPD, von Herzen. Er wird sicherlich bei ihr viel positive Arbeit verrichten können, und zwar vornehmlich in ihren Versammlungen. Es dürfte Runge ohne Zweifel gelingen, durch seine Attraktionen in die Versammlungen der KPD, eine recht heitere Note hineinzubringen. Dies ist notwendig, da ja bekanntlich die KPD-Versammlungen oft außerordentlich düster verlaufen und da kann Gustav Runge durch seine „Geistesblitze“ und die Art seines Auftretens gewiß erfolgreich tätig sein. Also, Glück und Segen!

Eine besondere Attraktion — nicht Hauptattraktion, denn diese fällt ja bekanntlich Eckert zu — bildete Herr Wild, der sich als partiellos bezeichnete. Als er vor „verammeltem Mannschaff“ in der Festhalle seinen Eintritt in die KPD, erklärte, so dürfte diese Mitteilung der KPD, wohl annehmbar gewesen sein, aber nur im Hinblick auf ihre Wirkung auf die Versammlung. Eingeweihte der KPD, dachten sicherlich etwas anders über den „neuen“ Mitstreiter. Wild war nämlich schon einmal in der KPD, hatte auch mit Abonnementgeldern für die Arbeiterzeitung etwas zu tun und — um wahrscheinlich das Porzio zu ersparen — befehlt er einen Teil davon für sich, anstatt nach Mannheim abzuliefern. Die KPD hat ihn deshalb aus ihrer Partei ausgeschlossen. Am Freitagabend aber war dieser Unwürdige würdig genug, Theater für die KPD, zu spielen, denn es galt ja gegen die SPD, aufzutreten und da frägt man nicht nach dem moralischen Barometer. Ein dummes Volk pendet obendrein noch Weisheit und der Zweck ist erreicht.

Wie ein großer Teil der Versammlung die Einigung des Proletariats im Erste aussieht, wurde man gewahr bei den Ausführungen eines gewissen Deuschler, der seiner Partei angehört, meinte, daß der Streit zwischen den Einzelparteien aufhören muß, angesichts der großen Not der Arbeiterschaft. Die Antwort des größten Teils der Versammlung war, daß der Redner dauernd unterbrochen und ausgelacht wurde. Man sieht, welch beachtliches Spiel bei den Kommunisten die Einigkeitsparole ist.

Aus Organisationen und Vereinen

Unsere badische Heimat. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ eröffnete am Freitagabend den Reigen in seinem diesjährigen Winterprogramm mit dem ersten Vortrag in dem Vortragszyklus „Unsere badische Heimat“. Referent war Herr Dr. Frommer, der einleitend betonte, daß er keine geographische Schulstunde halten wolle, sondern, daß er das Verständnis weden wolle dafür, daß unsere badische Heimat so ist, wie sie ist und nicht anders. Es ist wohl an die 30 000 Jahre her, daß in unserer Rheinebene der Mamuth jenseitigen in Kälte ein Niesenzahn gefunden wurde. In der Weidberger Gegend wurde der Unterkiefer eines Menschen in der Tiefe von 30 Metern gefunden, woraus zu schließen ist, daß die Wasser des Rheintales über die Bodentäler der Menschen vor 30 000 Jahren im Laufe der Jahrtausende eine Sanddunst von 30 Metern gelagert haben. Der schwäbische und fränkische Vorkurs wurden in unserer Gegend zuerst besiedelt und zwar deshalb, weil dies die einzige waldfreie Gegend jener Zeit war; denn die Menschen der Steinzeit konnten noch nicht den Wald roden, um auf seinem Grund Ackerbau zu treiben. In der Rheinebene war bis in die Neuzeit hinein eine Anhebung nicht möglich, denn erst vor 150 Jahren hat der Rhein durch die Rheinfurcation seinen bestimmten Lauf erhalten, den er heute hat. Vorher war die ganze Rheinebene vor Ueberflutungen nicht sicher. In recht interessanten Ausführungen schilderte der Redner dann weiter den geschichtlichen Werdegang Badens, wobei er besonders die nähere Umgebung Karlsruhes behandelte. Die zur bejubelten Versammlung lauchte mit gespanntester Aufmerksamkeit den interessanten und lehrreichen Darlegungen des Herrn Dr. Frommer und dankte ihm mit lebhaftem Beifall. D.

(-) Anglischer Sturz. Der 62 Jahre alte Verwaltungsssekretär Julius Süh aus Graben erlitt hier auf der Kaiserstraße einen Schlaganfall. Er zog sich beim Sturz einen Schädelfraktur zu, der nach wenigen Stunden den Tod zur Folge hatte.

(-) Vorträge über die Krebskrankheit. Im Rathausaal in Karlsruhe sprach Professor Dr. Gierke über das Thema „Das Wesen der Krebskrankheit und seine Bekämpfung“. Der Vortrag war recht gut besucht. Es war der erste Vortrag in der Reihe der Vorträge, welche die Krebskrankheit zum Gegenstand öffentlicher Darlegungen machen. Herr Professor Dr. Gierke fand ein aufmerksames Publikum für seine kenntnisreichen Ausführungen. Der nächste Vortrag findet am Mittwoch, 14. Okt., gleichfalls im Rathausaal statt. Es wird sprechen Professor Dr. Krsperger über „Die chirurgische Behandlung der Krebskrankheit“. Auch dieser Vortrag sollte guten Besuch aufweisen.

Die Polizei berichtet:

Manjardendiebstahl an der Arbeit

In einem Hause der Weihenstraße verübte ein unbekannter Täter am Samstag drei Manjardendiebstahl. Am Tatort wurde ein vom Täter mitgebrachtes und von ihm als Einbruchwerkzeug benutztes Beil vorgefunden. Mit diesem hatte er einen Kleiderkasten, eine Wäschekorbkiste und verschiedene andere Behältnisse erschoben. Zum Eindringen in die Manjarden hatte er Nachschlüssel und Sperrhaken benutzt. Seine Beute war im übrigen nur gering. Ein weiterer Manjardendiebstahl wurde in einem Hause der Kaiserstraße in der Nähe des Marktplatzes verübt. Hier erbeutete der Täter, der mit Nachschlüsseln arbeitete, aus einem Kleiderkasten einen einer Hausangehörigen gehörenden Ring im Wert von etwa 80 M. Der Täter hatte das ganze Zimmer durchwühlt.

Aus dem unverhüllten Zimmer eines Bäckerlehrlings in der Brahmstraße entwendete ein unbekannter Dieb am Samstag vor-mittag Kleidungsstücke im Wert von 140 M.

Gasexplosion

In der Wirtschaftsstube eines Gasthauses in der Kronenstraße ereignete sich am Samstag nachmittags eine Gasexplosion, durch die mehrere Fenster zertrümmert wurden, zum Teil nach der Straße zu, zertrümmert wurden. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Explosion dürfte ihre Ursache darin gehabt haben, daß man aus Unachtsamkeit den Hahn des Gasbrennlofes offen stehen ließ, so daß sich der Raum des Gasbrennlofes mit Gas füllte. Als dann der Wirtsohn eine Flamme entzündete, kam es zur Explosion.

Wegen erschwerter Körperverletzung

wurden sich drei Kraftwagenführer und ein Maurer zu verantworten haben, weil sie am Samstag nachmittags in der Waldhornstraße gemeinschaftlich einen Gärtner vor hier mißhandelten und verletzten. — Wegen desselben Deliktes hat sich ein verheirateter Arbeiter strafbar gemacht, der am Sonntagabend einem Wirt in Aue, der ihn als unangenehmen Gast aus der Wirtschaft entfernen wollte, im Streit mit einem Tagelöhner einen Stich unter das linke Auge versetzte und ihn erheblich verletzte.

Veranstaltungen

Klinger-Quartett. Heute, Sonntag, 12. Oktober, spielt abends 8 Uhr im Grottenaal das Berliner Klinger-Quartett im 1. Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Wechselt Werke von Beethoven; amoch das erste der Jugendquartette, Op. 13 Nr. 1 F-Dur, so daß das dritte der sogenannten Kolumowitsch-Quartette, Op. 69 Nr. 3 C-Dur, auch unter dem Titel „Helden-Quartett“ befragt. Zum Schluß das bedeutendste der Spätwerke, das gewaltige Lebensgröße eis-moll-Quartett D. 131. — Die Ausgabe der Götterarten auf die 6 Kammer-Konzerte (die Streichquartette Klinger, Holz, Holz, Horn, Trompete, Schlagzeug und Violina), sowie auf Wohl-Konkordien auf 4 Konzerte aus dieser Reihe, wird abends 7 Uhr abgeschlossen. Einzelkarten für das Klinger-Quartett sind noch vor 1/2 8 Uhr ab an der Abendkasse erhältlich.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt
Die Vorstandssitzung mit den Bezirksleiterinnen muß umhänbehalter auf Freitag verschoben werden.

Typographia-Konzert

Wohltätiges im Hause der W. W. W. Volkslieder Melodien der verschiedensten Völker. Frau Bessell-Lutz, Opernsängerin, Irdbur dram. Sängerin am Stadttheater Danzig. Herr Martin Spang, a. Violone. Chor des Vereins. Leitung Fr. Harter, Bildhauer, Geanensplatz 10. Vorverkauf: Musikalienhandlung Fr. Tafel, Kaiserstraße, Volkstheaterbuchhandlung, Waldstraße, Zigarrenhaus Fritz Töpfer, Ruppurrer Straße, Buchhandlung Eisele, Werderplatz, sowie im Vereinslokal Hotel Goldener Adler, Karl-Friedrich-Straße, 1003

anl. des 66. Stiftungsfestes
Samstag, 17. Oktober 1931
abds. 8¹⁵ Uhr, Städt. Festhalle

Eintritt 50 Pfg. / Reinertrag ist für Arbeitslose im Buchdruckgewerbe

